

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/politik/aktuell/?em_cnt=1061062

Gemeindearbeit soll besser werden

Evangelische Kirche startet in "Reformdekade" / Bis 2030 droht Verlust der Hälfte der Finanzmittel
Die evangelische Kirche hat in Wittenberg eine "Reformdekade" eingeleitet. Zwar durfte der erste Zukunftskongress, der von Donnerstag bis Samstag in der Lutherstadt stattfand, keine Beschlüsse fassen. Aber der Wille zur Veränderung wurde deutlich.

Wittenberg - "Wir sind in einen Zukunftsprozess wirklich hineingekommen", stellte der Berliner Bischof Wolfgang Huber am Samstag zum Schluss der Tagung fest. In der intensiven und auch kontroversen dreitägigen Debatte hat der Ratsvorsitzende der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) "ein großes Drängen" wahrgenommen. Die Jahresmarken 2017 und 2030 dürften nicht dazu benutzt werden, um notwendige Erneuerungen "auf die lange Bank zu schieben", forderten zahlreiche der 300 Repräsentanten aus allen 23 Landeskirchen.

Das Jahr 2017 ist für die Protestanten ein sehr wichtiges Jubiläum. 500 Jahre ist es dann her, dass Martin Luther seine 95 (Reform-)Thesen ans Tor der Wittenberger Schlosskirche schlug und so gegen den Ablasshandel protestierte - praktisch die Gründungsurkunde der evangelischen Kirche. 2030 gilt als Jahr des Schreckens, zumindest in dem EKD-Impulspapier, das der Wittenberger Debatte zugrunde lag. Bis dahin werde die Mitgliederzahl um ein Drittel schrumpfen und die Finanzkraft der Kirche halbiere sich, falls sich nichts bewege.

Einig war man sich, dass die Qualität der Gottesdienste und der Gemeindearbeit verbessert werden müssten. Dazu sollen Pilotprojekte aufgelegt und der Erfahrungsaustausch über Landesgrenzen intensiviert werden. "Mut zum Experiment" empfahl der Bischof von Kurhessen-Waldeck, Martin Hein. Der "Mentalitätswandel", von dem das Impulspapier spreche, lasse sich zwar durch "ausreichend Leidensdruck" erzwingen. Eine Einsicht aber, die "auf positive Weise durch Faszination" erzeugt werde, setze weitaus mehr Kraft und Fantasie frei.

Nahezu einhellig wurde der Vorschlag abgewiesen, den Reformimpuls auf wenige "Profilkirchen" in den großen Städten zu konzentrieren. Auch die "kleinen Lichter", wie die schleswig-holsteinische Dorfpfarrerin Almuth Jürgensen formulierte, sollten heller strahlen und nicht "unter den Scheffel" einer Kirchenzentrale gestellt werden. Ehrenamtliche sollen besser qualifiziert werden, damit die Dorfgemeinde auch dann zum sonntäglichen Gebet zusammenfinden kann, wenn der Pastor woanders predigt.

Keine Annäherung gab es in der Frage, wie die 23 Landeskirchen in Zukunft organisiert sein sollen. Die aufwändige Struktur wurde zwar von vielen kritisiert. So empfahl der Student Stefan Bölts im Küstenjargon seiner norddeutschen Heimat, "die Seetüchtigkeit und den Verwaltungsaufwand alter Lastensegler vom Baujahr 1815 zu überprüfen".

Synode tagt im November

Die kirchlichen Grenzen beruhen im Wesentlichen auf der Landkarte, die der Wiener Kongress 1815 zeichnete. Doch gerade die kleinsten Einheiten - Anhalt mit 55 000 und Schaumburg-Lippe mit 64 000 Mitgliedern - zeigen keine Neigung, ihre Selbstständigkeit aufzugeben. Die Struktur liege in der "Verantwortung der Landeskirchen", sagte Huber, da nehme die EKD "nichts vorweg".

Das darf die Zentrale auch ebenso wenig, wie die 300 in Wittenberg Beschlüsse fassen konnten. Partizipation und Meinungsbildung sind strikt geregelt bei den 25,6 Millionen deutschen Protestanten. Den Reformprozess weiter treiben könnte das Kirchenparlament, die EKD-Synode, die im November in Dresden zum Schwerpunkt "Kirche im Aufbruch" tagen wird. *Astrid Hölscher*

[document info]
Copyright © FR online 2007
Dokument erstellt am 28.01.2007 um 20:24:02 Uhr
Erscheinungsdatum 29.01.2007